

Beratung

Erfüllung des so genannten „Heidekompromisses“ durch die Bundeswehr

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1155**

Ich bitte Herrn Czeke, den Antrag einzubringen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Herr Czeke, geben Sie es mal zu Protokoll!)

Herr Czeke (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, mich kurz zu fassen. Ich werde es nicht zu Protokoll geben, garantiert nicht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Das hätte mich auch überrascht! - Herr Tullner, CDU: Aber anfangen können Sie bitte! - Zustimmung bei der CDU)
Ich habe für meine Einbringung noch ein wenig mehr Zeit. Sie werden sich garantiert wundern, warum wir im zweiten Teil unseres Antrags insbesondere auf Hillersleben abstellen. Ich weiß nicht, wer im MDR vor kurzem, am 22. Oktober 2003, die Reportage zum Thema „Geheimprojekt Hillersleben - Die Versuchsstelle der Deutschen Wehrmacht“ gesehen hat.

Aus der geschichtlichen Situation heraus möchte ich Ihnen etwas zur Kenntnis geben. Wir hatten es heute schon einmal, dass eine Fraktion meinte, sie sei erst wieder neu im Landtag und müsse sich das eine oder andere erst aneignen. Im Jahr 1935 wurde in der Colbitz-Letzlinger Heide der zweitgrößte Versuchsplatz der Deutschen Wehrmacht erbaut. Hier wurden Wunderwaffen erprobt wie zum Beispiel die „Dora“, die bis heute größte Kanone. Sie wurde hier getestet; sie verschoss sieben Tonnen schwere Granaten.

Die Kollegen unter uns, die sich mit der Sprengkraft ein wenig auskennen, wissen, welche Gefahr heute noch von solcher Fundmunition ausgeht. Experten garantieren, dass Sieben-Tonnen-Geschosse noch heute im Sand der Heide liegen, noch nicht geborgen sind.

Wir haben uns in diesem Hohen Haus schon mehrfach über das Thema der Bergung von Munition und Munitionsteilen unterhalten, sodass dann anschließend die Presse getitelt hat, ich würde wohl Lkw in Dreierreihen von Magdeburg bis nach Paris stellen wollen. - Das ist weit gefehlt. Zudem ist der Bund so klamm an Geld, dass er das nie bezahlen könnte.

Der Kollege Schulz hat vorhin richtigerweise, als es um die Objekte und Institutionen der militärischen Zunft auch auf sachsen-anhaltinischem Gebiet ging, von „klassischer Landesverteidigung“ gesprochen. Das ist vollkommen korrekt. Die Militärdoktrin hat sich in der Bundesrepublik Deutschland ganz gravierend gewandelt. Abgewendet von der klassischen Landesverteidigung auf - das ist dann wohl auch so - einen Angriffskrieg, der auch tatsächlich dort trainiert wird bzw. trainiert werden kann. Das, denke ich, stößt an die Grenzen, die unser Grundgesetz gebietet.

Es wird dann immer gefragt: Wenn wir jetzt mit dem Antrag tatsächlich die Anlage in Hillersleben bis in die Endkonsequenz der Konversion zuführen, wo nehmen wir dann das Geld dafür her? - Im Einigungsvertrag ist eindeutig geregelt, dass dies aus den militärischen Altlasten zu bezahlen ist. Unter anderem ist dort auch der Abzug der sowjetischen Truppen geregelt worden.

Mich würde schon interessieren, ob denn aus diesem Topf noch Geld da ist, das wir dafür einsetzen könnten; denn es geht nicht nur um die militärische Nutzung. Die Grundidee eines früheren

Landtagsbeschlusses, der hier einmal gefasst wurde, war, den südlichen Teil der zivilen Nutzung zuzuführen. Das wird jetzt mit allen Möglichkeiten, die aufgetan worden sind, infrage gestellt.

Der Herr Kollege Kosmehl hat in seiner Verlautbarung eindeutig darauf hingewiesen, dass er die Aktivitäten der Landesregierung tatsächlich gutheißt, diesbezüglich mit dem Bund in Kontakt zu treten, dass auch gerade der Südteil für Übungen immer noch sehr notwendig ist. Wir gehen davon aus, dass in der Colbitz-Letzlinger Heide nicht nur bundesdeutsches Heer trainiert, sondern dass dort auch ausländische EU-Kontingente fit gemacht werden.

Sie formulieren in Verlautbarungen hinein, dass es Ihnen - das sagt auch Ihr Alternativantrag - dann um Umwelt- und Naturschutz geht. Wenn dann das einzige Naturschutzrechtliche ist, dass die EU-Kontingente - mittlerweile mittels Bahn - ins Gefechtsübungszentrum verlegt werden, dann hat das mit Nachhaltigkeit nichts mehr zu tun. (Minister Herr Dr. Daehre: Aber ein wenig!)

Wir können dann natürlich damit zufrieden sein, dass der Bombenabwurf im Testgelände der Kyritz-Ruppiner Heide erfolgt und nicht auf sachsen-anhaltinischen Gebiet in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Wir gehen davon aus, dass Konversion Arbeitsplätze schaffen kann. Wir möchten das - das war auch das Ziel des damaligen Beschlusses des Hohen Hauses - über eine zivile Nutzung tatsächlich einmal im Modellverfahren demonstrieren.

Ein Umweltschutzeffekt wäre auch die Ausweisung als Naturpark. Ich weiß natürlich auch aus den Beratungen im Umweltausschuss, dass es dagegen aus der Region einzelne Einwendungen gibt. Wenn dann aber auch offiziell vonseiten des Ministeriums von einzelnen Einwendungen gesprochen wird, dann sollte berücksichtigt werden, dass das manchmal auch Bürgermeister sind, die im Hauptberuf durchaus im Dienst der Bundeswehr stehen. Da ist dann schon zu hinterfragen: Ist das jetzt tatsächlich die Meinung der Region oder ist es die Meinung des Bürgermeisters, der zwar die Kommune repräsentiert, der aber nicht zu 100 % das Meinungsbild seiner Gemeinde wiedergeben muss. Das muss man infrage stellen.

Ein Naturpark wäre auch innerhalb der Tourismuswirtschaft des Landes ein echtes Pfund. Andere Regionen Deutschlands beweisen uns das eineindeutig, wenn sie mit intakter Natur werben. Das Kräfteverhältnis, das wir im Jahr 1997 bei dem Beschluss zum so genannten Heidekompromiss vorgefunden haben, hat sich zum heutigen Zeitpunkt um 180 Grad gedreht.

Wir haben damals eine CDU-Bundesregierung gehabt und im Land regierte die SPD. (Herr Kosmehl, FDP: Mit Ihrer Tolerierung!)

- Ja, unter Tolerierung der PDS, Herr Kosmehl; dafür muss man sich ja nicht schämen. (Zustimmung bei der PDS)

Jetzt ist das einmal ausgetauscht worden, sodass das Hohe Haus zu dem Schluss gekommen ist, tatsächlich eine zivile Nutzung umzusetzen.

Herr Minister Daehre, weil Sie eben den Einwurf wegen des Bahnanschlusses machten - Sie sind als Verkehrsminister nun auch dafür zuständig - : Es ist der Region nicht mehr zu vermitteln - und der Altmark ganz und gar nicht -, dass Bundesgelder über die Bundeswehr ausgegeben werden, um einen nagelneuen Anschluss an das Gefechtsübungszentrum zu erstellen, dass wir aber gleichzeitig im letzten Jahr - Sie inklusive - mit der Bürgerinitiative „Pro Bahn“ zu tun hatten, die gerade in der Altmark, dem Schwerpunkt bei den Streckenstilllegungen, ebenfalls mit bundesdeutschen Steuergeldern dafür gekämpft hat, dass es dort nicht zu einer Ausdünnung kommt.

Es geht in beiden Fällen um Geld des Steuerzahlers. Wir sehen in den Bemühungen, jetzt an den Bund heranzugehen und die zivile Nutzung infrage zu stellen, eine Zurückdrängung der Möglichkeit der zivilen Nutzung und warnen davor, so vorzugehen, wie im Alternativantrag, vorgelegt von der FDP und der CDU, vorgeschlagen.

Wir sehen gerade angesichts der desolaten Haushaltslage, die der Bund immer beklagt, die Gefahr, dass an uns als Land dann Gebiete hängen bleiben, in denen die Munition noch nicht geborgen ist. Da mag der Bund in der Pflicht sein, wie er lustig ist. Wenn er das Geld nicht hat - - Die Vereinbarung sagt aus: Immer, wenn die Haushaltslage des Bundes es zulässt, wird tatsächlich in diesen Größenordnungen sondiert. Nicht umsonst ist man jetzt tatsächlich auf Munitionsbergungstiefen von nur noch 20 cm zurückgegangen.

Sie formulieren unter Punkt 3 Ihres Alternativantrags: „zu gegebenem Zeitpunkt“ - das ist eine so windelweiche Formulierung, dass das auch am Sankt-Nimmerleins-Tag sein kann. Wir sind schon daran interessiert, dass das bald passiert. Dann kann man auch einmal einen Kassensturz machen und kann feststellen - ich denke, das würde auch den Wirtschaftsausschuss interessieren -, wie die regionale Wirtschaft, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, an Bau- und Beschaffungsvorhaben partizipiert; denn das ist in der Vereinbarung mit dem Bund festgeschrieben worden.

Wie viel Arbeitsplätze sind denn tatsächlich geschaffen worden? In dem Papier sind 1 200 - Zivile und Militärische - angeboten worden. Bei den militärischen Arbeitsplätzen ist dann zu beachten, dass sie garantiert nicht neu geschaffen worden sind, sondern wahrscheinlich nur umgesetzt. Das, denke ich, sollte in einer Ausschussberatung geklärt werden.

In dem so genannten Heidekompromiss - das ist eine Vereinbarung, zu der sich das Land bekannt hat - steht auch, dass besonders wertvolle Teilbereiche der Naturausstattung ab sofort und zügig erfasst und naturschutzrechtlich gesichert werden. Das ist nicht erfolgt. Damit steht das Land in der Pflicht, ebenso der Bund. Dass Herr Trittin sich darauf noch festnageln lässt, wage ich zu bezweifeln. Das Besondere an dieser Vereinbarung ist, dass formuliert worden ist: ein Einvernehmen von Bund und Land.

Dass einige wenige Einsprüche bei dem Ausweisungsverfahren des geplanten Naturparks auf der Tagesordnung stehen, habe ich bereits erwähnt. Hierbei kommt es zu einer Verquickung der Interessen der kommunalen Vertretung und derer, die im Dienst der Bundeswehr stehen und ihre Existenz sichern wollen.

Ich würde mir wünschen, dass die Koalitionsfraktionen uns in ihren Diskussionsbeiträgen nachher deutlich machen, wie sie „zu gegebenem Zeitpunkt“ definieren würden, damit man weiß, worauf man sich einlässt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Czeke. - In Vertretung des Innenministers spricht für die Landesregierung Herr Minister Becker.

Herr Becker, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Es gehört zu den Ausnahmen der Parlamentsgeschichte in unserem Hause, dass wir an einem Freitag um 19.15 Uhr noch nicht eine einzige Rede zu Protokoll gegeben haben. Ich wollte das (Zustimmung von Frau Fischer, Leuna,

SPD) - ja, Sie können ruhig Beifall klatschen, Frau Fischer -, aber der Kollege Czeke hat mich herausgefordert, indem er gefragt hat, ob wir uns über diesen Antrag nicht wundern würden. Wir wundern uns natürlich nicht über den Antrag, Herr Kollege Czeke, weil Sie im Gegensatz zur CDU, was die Colbitz-Letzlinger Heide betrifft, nie dazugelernt haben. (Zustimmung bei der CDU)

Sie bleiben auf dem Standpunkt von 1990 stehen: zivile Nutzung. Auch wir haben uns damals übrigens - das wissen Sie genau - für die zivile Nutzung ausgesprochen. Das war, glaube ich, im Jahr 1992. Aber wir haben dazugelernt. (Zuruf von der PDS: Ach?)

- Doch. (Herr Krause, PDS: Gelehrige Schüler!)

- Jawohl, gelehrige Schüler; das sollte man sein. - Wir sind der Auffassung, dass wir im Grunde genommen recht daran tun, dass wir selbst den Heidekompromiss, der im Jahr 1997 von der Vorgängerregierung geschlossen wurde und der auch für uns verbindlich ist, hinterfragen. Deshalb hat die Landesregierung den Innenminister, den Kollegen Jeziorsky, mit Beschluss vom 11. November 2003 beauftragt, mit dem Bund entsprechende Gespräche zu führen. (Herr Czeke, PDS: Alles klar!)

- Ja. - Ich rufe in Erinnerung, dass dieser Kompromiss vorsieht, den südlichen Teil - das sind ungefähr 3 500 ha von den insgesamt 19 500 ha - nach einer oberflächlichen Munitionsberäumung der zivilen Nutzung zugänglich zu machen, und zwar bis zum Jahr 2006.

Jetzt stellen wir folgende Dinge fest: Wir stellen erstens fest, dass diese oberflächliche Beräumung im Grunde genommen einer zivilen Nutzung abträglich ist, weil sie nicht ausreicht. Wir stellen zweitens fest, dass wir logistisch nicht einmal mit dieser oberflächlichen Beräumung fertig werden. Wir stellen zum Dritten fest, dass auch die kommunale Ebene - davon haben Sie gesprochen, Herr Czeke - jetzt von den ursprünglichen Erwartungen, wonach eine touristische Nutzung des gesamten Südtails der Heide zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in der Region führen würde, abrückt.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass sich die Bundeswehr in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hat. Daher ist unseres Erachtens zunächst zu klären, ob und in welchem Umfang der Bund zu einer Änderung des Heidekompromisses überhaupt bereit ist. Vergessen wir doch bitte eines nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren: das kostet den Bund Geld.

Wir wissen heute schon aus den Vorgesprächen, dass die Militärs auf der einen Seite sagen, man könne daran denken, das zu ändern, dass aber die Verwaltung innerhalb des Bundes auf der anderen Seite ganz anderer Auffassung ist; denn diese Verwaltung muss das Geld dafür aufbringen. Wir können im Grunde genommen froh sein, wenn man mit uns überhaupt in Bezug auf eine Modifizierung des Heidekompromisses ins Gespräch kommt. Darum wird sich die Landesregierung über den Herrn Innenminister bemühen.

Über die Zukunft des Kasernengeländes Hillersleben kann selbstverständlich auch gesprochen werden, aber auch dabei sollten die Vorstellungen der Kommunen berücksichtigt werden. Hierzu gestatten Sie mir den Hinweis, dass nach dem Planungsentwurf der regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg vorgesehen ist, das Vorranggebiet für die militärische Nutzung um den südlichen Teil der Colbitz-Letzlinger Heide einschließlich des Kasernengeländes Hillersleben zu erweitern.

Nun frage ich Sie: Soll sich etwa die Landesregierung über solche Planungsentscheidungen, nachdem wir die Planung kommunalisiert haben, einfach hinwegsetzen? Das können wir doch gar nicht. Also muss man auch dieses Thema mit in die Gespräche hineinnehmen.

Im Gegensatz zu dem Antrag der Fraktion der PDS wird mit dem von den Fraktionen der FDP und der CDU vorgelegten Alternativantrag den Interessen der Kommunen Rechnung getragen. Ich

schlage vor, wir sollten uns diesem Antrag zuwenden und sollten deshalb dem ursprünglichen Antrag unsere Zustimmung versagen. - Ich danke Ihnen. (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Becker. - Nun bitte für die FDP-Fraktion Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Czeke, Ihr Antrag hat mich teilweise schon verwundert, weil für uns aus den Formulierung nicht ersichtlich war, worauf Sie hinauswollen.

Das haben Sie aber in Ihrer Rede hinlänglich kundgetan. Ich gehe zunächst auf den ersten Punkt in Ihrem Antrag ein. Auch wir, die FDP- und die CDU-Fraktion, gehen zunächst davon aus, dass der Teil des Heidekompromisses, nach dem bis 2006 eine Beräumung von Fundmunition geschehen soll, erfüllt werden soll. Insofern liegen wir in unseren Auffassungen gar nicht so weit auseinander.

Was in unserem Alternativantrag allerdings eine etwas andere Richtung bekommt, als Sie mit Ihrem Antrag verfolgen, ist die Frage nach der weiteren Nutzung des Südteils der Colbitz-Letzlinger Heide nach 2006. Mein sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind der Auffassung - die FDP-Fraktion hat sich dazu bereits im Sommer klar positioniert -, dass der Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide auch nach 2006 von der Bundeswehr, also militärisch, genutzt werden soll. Mein sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, dass nach dem so genannten Heidekompromiss die Rückführung in allgemeines Bundesvermögen vorgesehen ist und damit eine militärische Nutzung quasi nicht vorgesehen ist. Deshalb wollen wir eine Änderung des Heidekompromisses herbeiführen.

Ich bin der Landesregierung sehr dankbar dafür, dass Sie mit Kabinettsentscheidung vom 11. November dieses Jahres den Innenminister beauftragt hat, mit dem Bund dahin gehende Verhandlungen aufzunehmen, gerade diesen Punkt zu ändern und doch über eine militärische Nutzung nach 2006 nachzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wenige Ausführungen dazu machen, warum wir der Meinung sind, dass die militärische Nutzung nach 2006 im Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide für die Region sehr wichtig, ja nahezu unerlässlich ist. Sie wissen, das Gefechtsübungszentrum des Heeres hat mit seinem Know-how, mit seiner verkehrsgünstigen Lage in der Mitte Deutschlands und Europas bereits einen festen Platz im Zusammenhang mit Übungen von Militäreinheiten in Vorbereitung auf Auslandseinsätze eingenommen. Insbesondere durch die Art und Weise, nämlich mit Laserwaffen und nicht mit scharfer Munition zu üben, führt dazu, dass die Umwelt bis auf die Wege, über die man immer reden muss, nahezu nicht beeinträchtigt wird. Gerade diese Art zu üben - - Ich empfehle Ihnen, sich das vielleicht einmal vor Ort anzusehen. (Herr Czeke, PDS, lacht)

- Ja, im Gefechtsübungszentrum. Sie können sich gern einmal ansehen, wie die taktische Ausführung dort geübt werden kann. (Herr Czeke, PDS: Am 7. September lade ich Sie wieder ein!)

Selbst die Amerikaner haben sich das mittlerweile abgeguckt bzw. ersuchen danach, dort zu üben. (Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Das heißt, die Möglichkeit, die der Standort bietet, zu einem Kompetenzzentrum in Europa oder sogar darüber hinaus für die Nato-Streitkräfte zu werden, ist sehr groß.

Meine Damen und Herren! Es wurden um diesen Standort herum Investitionen in mehrstelliger Millionenhöhe getätigt. Durch die zivilwirtschaftliche Betreibergesellschaft - auch ein Modell, das die Bundeswehr gerade genau an diesem Standort erprobt - sind ca. 300 Arbeitsplätze geschaffen worden; 90 % davon mit Menschen unmittelbar aus der Region besetzt. Es ist beabsichtigt, weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Das setzt aber voraus, dass das Land und die Bundeswehr stabile Rahmenbedingungen haben. Deshalb meinen wir, die Erweiterung dieses Übungsplatzes um den Südtteil der Colbitz-Letzlinger Heide würde dazu führen, dass das Gefechtsübungszenrum des Heeres eine größere Bedeutung erhält und sich weiter entfalten kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Czeke, Sie haben gefragt: Was bedeutet „zu gegebenem Zeitpunkt“? Sie haben gerade vom Minister gehört - auch ich habe es gesagt -: Am 11. November ist der Innenminister per Kabinettsentscheidung beauftragt worden. (Zurufe: Gerade der 11.11.! - Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von Herrn Czeke, PDS)

Ich schätze, dass der Innenminister in den nächsten Wochen Kontakt zur Bundesregierung aufnimmt und sie sich dann zügig über die Rahmenbedingungen unterhalten. Ich gehe davon aus, zu gegebenem Zeitpunkt wird sein, wenn die ersten Zwischenergebnisse vorliegen und der Innenminister darüber berichten kann, wie die Verhandlungen laufen, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt, dort einzugreifen. Das bedeutet für mich zu gegebenem Zeitpunkt.

Es ist doch ganz klar, dass wir darin kein konkretes Datum nennen; denn wir wissen nicht, wie flexibel der Verhandlungspartner Bund ist und wie schnell die Verhandlungen geführt werden können. Sie müssten dann gegebenenfalls auf uns etwas zukommen bzw. müssten uns vertrauen, dass wir selbst ein Interesse daran haben, dass wir das nicht soweit hinausschieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie herzlich bitten, dem Alternativantrag der Fraktionen der FDP und der CDU zuzustimmen und den Antrag der PDS abzulehnen. Wir sollten eine militärische Nutzung des Südtteils der Colbitz-Letzlinger Heide ermöglichen, die aus wirtschaftlicher Sicht Vorteile für diese Region hat und ein bedeutender Standortfaktor für diese Region ist, und sollten wir uns über den Stand der Verhandlungen laufend berichten lassen. - Danke schön. (Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. Möchten Sie eine Frage von Herrn Dr. Köck beantworten?

Herr Kosmehl (FDP):

Ja.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Kosmehl, wenn man Ihre leuchtenden Augen sieht, (Frau Bull, PDS: Das habe ich auch gedacht! - Heiterkeit bei der PDS) so denkt man, dass Sie offensichtlich davon ausgehen, dass es auf dieser Welt noch auf lange Zeit und überall recht kriegerisch sein wird.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Dr. Köck, ich jedenfalls verschließe meine Augen nicht davor, dass es auch Situationen in dieser Welt gibt, in denen man sich einer militärischen Verantwortung nicht entziehen kann. - Vielen Dank. (Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kosmehl, möchten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Reck beantworten?
(Zuruf von der FDP: Ach nee, Guido!)

Herr Kosmehl (FDP):

- Doch, von einem Abgeordneten aus der Altmark zu einem Altmark-Thema.
(Herr Tullner, CDU: Macht das doch in der Kneipe! - Heiterkeit)

Herr Reck (SPD):

Lieber junger Freund!

(Heiterkeit und Zustimmung)

Lieber junger Kämpfer, ich habe eine Frage. Sie haben in Ihrer Fraktion leider - oder Gott sei Dank - keinen Vertreter der Freien Demokratischen Partei, das Mitglied ist. Die Frage ist: Herr Kosmehl, ist das, was Sie hier erzählt haben, mit Ihren Parteifreunden, mit der Basis der FDP in der Altmark abgestimmt? Vertreten die zwei Mitglieder des Kreistages ebenfalls die Meinung der FDP-Landtagsfraktion und ist diese auch in dem Raum um Stendal und Klötze mit Ihren wenigen, aber guten Leuten der Basis abgestimmt? (Heiterkeit)

Herr Kosmehl (FDP):

Sehr geehrter Herr Kollege Reck, zu der Frage, wie viele Freie Demokraten es innerhalb der Fraktion gibt, kann ich Ihnen Auskunft geben: Es sind 17. Wir haben auch Abgeordnete, die für diese Region zuständig sind. Im Übrigen wird es im nächsten Sommer nach der Kommunalwahl in dem von Ihnen erwähnten Bereich mehr Mandatsträger der FDP geben. (Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Darauf können Sie sich verlassen. Ich wage zu bezweifeln, dass es dann noch so viele Ihrer Partei geben wird. (Herr Tögel, SPD: Frage! - Frau Kachel, SPD: Das war nicht die Frage!)

Ja, Herr Reck, auch die Basis sieht die wirtschaftliche Bedeutung des Gefechtsübungszentrums des Heeres für die Altmark und unterstützt diese Pläne. Dabei können Sie sicher sein. - Vielen Dank.
(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Nun bitte Frau Mittendorf für die SPD-Fraktion.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Frau Mittendorf, erwähnen Sie die Straßeneinweihung!)

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist, denke ich, inhaltlich berechtigt. Ich denke aber auch, dass er etwas hinter dem aktuellen Sachstand zurückbleibt.

Kurz zur Erinnerung: Der Landtag - das ist vorhin angesprochen worden - hat sich in der ersten Legislaturperiode - mit Ausnahme der Stimme von Herrn Knolle - einstimmig für eine zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ausgesprochen. Nach 1994, also nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, hat die damalige Bundesregierung, CDU/FDP-geführt, eine militärische

Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ermöglicht. Das führte, wie allen sicherlich noch bekannt ist, vor Ort schon zu massiven Widerständen, aber durchaus auch zu Widerständen in den Parteien dieses Landes. (Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Es stellte sich aber relativ schnell heraus, dass die damalige Bundesregierung bzw. die Bundeswehr selbst nicht auf diesen großen, in seinen Ausmaßen in Deutschland wohl einmaligen Truppenübungsplatz verzichten wollte. Im Jahr 1997 hat der damalige Innenminister Püchel - das ist schon genannt worden -, seines Zeichens SPD, mit dem damaligen Bundesverteidigungsminister Rühle, seines Zeichens CDU, eben genau jenen Heidekompromiss beschlossen, über den wir heute reden.

Dieser Kompromiss, meine Damen und Herren, wurde bisher von der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert und nicht infrage gestellt. Da inzwischen der Widerstand gegen die Bundeswehr in der Heide überwiegend geschwunden ist - das kann ich sagen, da ich vor Ort wohne - und die Bundeswehr durchaus als Wirtschaftsfaktor in unserem Gebiet anerkannt ist, sollte man eigentlich meinen, dass der Umsetzung des Heidekompromisses nichts mehr im Wege steht.

Der Heidekompromiss sieht als wichtige Punkte unter anderem die Freigabe der so genannten Heidestraße vor. Das ist die Verbindung zwischen der B 71 - Hütten - und der B 189 - Colbitz. Vor ca. drei Wochen hat der Verkehrsminister (Herr Dr. Daehre, CDU: Hier!) in der Heide das berühmte rote Band zerschnitten. Ich war auch dabei, weil ich zufällig erfahren habe, wann es war. (Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Freigabe des Südteils des Truppenübungsplatzes für die Öffentlichkeit nach der Munitionsberäumung bis zum Jahr 2006. (Unruhe bei der CDU)

Genau das sind die Probleme. Hier sind tatsächlich - - Meine jungen Freunde von der CDU! (Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hierzu sind tatsächlich einige Fragen ungeklärt. Die Rückgabe des Südteils in das allgemeine Grundvermögen wird meiner Kenntnis nach nach wie vor gewünscht. Mir ist nicht bekannt, dass es inzwischen mehrheitlich eine andere öffentliche Meinung dazu gebe, und zwar eine Meinung, die sich für eine weitere rein militärische Nutzung dieses Teils des Truppenübungsplatzes ausspricht.

Was allerdings fehlt, meine Damen und Herren, sind Konzepte für künftige zivile Nutzung der Heide. Das ist eine Angelegenheit, die endlich besprochen werden muss. (Beifall bei der PDS)

Ich habe das Thema bereits im Jahr 2001 im Landratswahlkampf angesprochen, als dieses Thema kaum jemand zum Thema machte. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Probleme eben nicht geklärt sind. (Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Der Landkreis Ohrekreis bzw. der Kreistag haben dazu auch keine ausreichenden Beschlüsse gefasst. Was hier zur Regionalplanung gesagt worden ist, höre ich in der Form zum ersten Mal. Das werde ich aber gern überprüfen.

Meine Damen und Herren! Die Anrainergemeinden haben am 18. November letzten Jahres einen Brief an den jetzigen Innenminister geschrieben, der genau diese Vielzahl der offenen Fragen und Probleme benennt. Aber - jetzt kommt der Knackpunkt aus meiner Sicht - außer einer Beratung am 13. Januar hat sich nichts ereignet, was helfen könnte, die Fragen der Bürgermeister und Gemeinderäte zu klären. Ich denke, es ist dringend notwendig, über diese Dinge zu diskutieren. (Herr Tullner, CDU: Genau so ist es!)

Eine weitere rein militärische Nutzung des Gebietes scheint nicht notwendig zu sein, da dieses Gebiet absolut nichts vorhält, was nicht auch an anderer Stelle oder auf anderen Truppenübungsplätzen geübt werden könnte.

Für die Bundeswehr war bei der Standortwahl für das neue Gefechtsübungszentrum die große Fläche des Nordteiles von Interesse, da es Vergleichbares nicht in der Bundesrepublik gibt. Genauso einmalig - darin muss ich Herrn Kosmehl halb zustimmen - sind die Art und der Umfang des neuen Gefechtsübungszentrums für die Bundeswehr, da hier, ohne einen einzigen scharfen Schuss abzugeben, laserkontrolliert und -gesteuert, Panzergefechte simuliert werden können und vorrangig mit für die Ausbildung von Führungskräften gearbeitet wird und nicht primär der Angriffskrieg geübt wird.

Meine Damen und Herren! Beim Lesen des Alternativantrages von CDU und FDP kann ich nur schlussfolgern - es ist inzwischen auch gesagt worden -, Sie wollen den Heidekompromiss nicht erfüllen, Sie wollen aussteigen. Es ist natürlich eine äußerst interessante Konstellation, dass jetzt eine CDU-geführte Landesregierung aus einem Kompromiss aussteigen will, der mit der CDU-geführten Bundesregierung geschlossen wurde. Aber die jetzige SPD-geführte Bundesregierung hat diesen Kompromiss, ohne ihn zu verändern, übernommen. Sie wollen da jetzt heraus. Das ist eigenartig. (Zuruf von der CDU)

Ich hatte letztens ein Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Herrn Kolbow. Dabei hatte ich nicht den Eindruck, dass seitens der Bundesregierung der Kompromiss aufgekündigt werden wollte. Ein Gesprächsbedarf ist angesagt und das sollte unser Anliegen sein, meine Damen und Herren. Bringen Sie alle Betroffenen an einen Tisch, und zwar bald und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag. Loten Sie aus, unter welchen Bedingungen der Kompromiss für die Bundeswehr und für die Anrainergemeinden umgesetzt werden kann. Wir als SPD-Fraktion stehen da zu unserem Wort.

Als Letztes noch ein Wort zu Punkt 2 des Antrages der PDS. In der Tag ist das Kasernengelände in Hillersleben ein Problem. Wer es kennt, weiß, dass es wie eine Mondlandschaft aussieht. Allerdings befindet sich dieser Bereich durch den Verkauf jetzt in Privatbesitz. Mir ist nicht bekannt, ob mit dem Erwerb Investitionsverpflichtungen verbunden waren oder ob eventuell rückabgewickelt werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich finde, es bringt uns nicht weiter, die Anträge gegeneinander ab- und niederzustimmen. Ich denke, man sollte beide Anträge in den Innenausschuss überweisen, um dort die Betroffenen möglichst schnell zu hören. Auch ein Vor-Ort-Termin könnte sinnvoll sein. Ich begrüße Sie gerne in meinem Wahlkreis. - Vielen Dank. (Zuruf von Herrn Stahlknecht, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Herr Abgeordneter Daehre, bitte.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Werte Kollegin Mittendorf, zunächst eines: Ich gehe davon aus, dass Sie nicht nur damals bei der Freigabe der Straße, als ein Vertreter der Bundeswehr gesprochen hat, Beifall gespendet haben, sondern dass Sie sich auch eindeutig zur Bundeswehr bekennen. Ich hoffe, dass Sie mir darin zustimmen.

Frau Mittendorf (SPD):

Ja.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Jetzt hätte ich gern die zweite Frage gestellt. Sie haben jetzt ca. zehn Minuten gesprochen, aber Sie haben immer nur Fragen gestellt. Nennen Sie mir bitte Ihre Vorstellungen, wie es sein soll. (Zuruf von der SPD: Hat Sie doch gesagt!)

Sie haben unter anderem den Landratswahlkampf angesprochen. Sagen Sie mir bitte einmal, in welche Richtung Sie wollen. Das ist genau das Problem. Sagen Sie mir eindeutig, in welche Richtung Sie wollen.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Daehre, das ist eine gute Frage. Ich bedanke mich dafür. Wenn diese Frage irgendeiner von den anderen beantwortet hätte, dann wären wir ein Stück weiter. Ich glaube, niemand weiß so richtig, wie die Lösung des Problems aussieht. (Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir wollen nicht vom Kompromiss weg, sondern wir wollen einen Teil dieses Gebietes in ziviler Nutzung behalten. Über die Konditionen und das Zustandekommen müssen wir verhandeln, und zwar schnell. (Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Schulz. (Zuruf von der CDU: Mach es kurz! - Unruhe)

Herr Schulz (CDU):

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nur ein Satz. (Zustimmung bei der CDU)

Im Sinne der Bundesrepublik Deutschland, im Sinne des Landes Sachsen-Anhalt, im Sinne der beteiligten Kommunen muss die Bundeswehr über das Jahr 2006 hinaus den Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide nutzen. Von daher begrüße ich die Initiative der Landesregierung und gebe meine Rede zu Protokoll. - Vielen Dank. (Starker Beifall bei der CDU - Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vorausgesetzt, ich genehmige das. (Heiterkeit bei allen Fraktionen) Aber ich tue es.

(Zu Protokoll:)

Herr Schulz (CDU):

Man kann sich bei Ihnen nur bedanken. Mit Ihrem Antrag Kampfmittel- und Munitionsräumung in der Colbitz-Letzlinger Heide vor Flächenübertragung an die Kommunen in der Drs. 4/390, den wir am 12. Dezember des letzten Jahres hier beraten haben, machten Sie uns auf ein Problem aufmerksam, das es zu lösen gilt. Ich spreche vom so genannten Heidekompromiss, den ich nach meinen Vorrednern nicht mehr erläutern muss.

„Spätestens im Jahr 2006 ist die Abgabe des Südteils in das Allgemeine Grundvermögen des Bundes vorgesehen. Die Fläche wird aus dem Bereich des Truppenübungsplatzes herausgenommen. Auf die militärische Nutzung wird dann verzichtet. Die Bundeswehr geht davon aus, dass bis zum Jahr 2006 die Oberflächenräumung von Munition und Munitionsteilen durchgeführt ist.“

Die Beschäftigung mit dieser Thematik ließ mich damals zu der Erkenntnis kommen, dass der Heidekompromiss noch einmal überdacht werden muss. Dies hatte ich zur Verwunderung von Herrn Dr. Püchel in meinem Redebeitrag auch deutlich gesagt.

Welche Probleme sich bei der Erfüllung dieser Vereinbarung für die umliegenden Kommunen, für die Umwelt und für die Wirtschaftskraft der Region ergäben, machte ich in meinem Redebeitrag deutlich. Sie können ihn im Stenografischen Bericht der 11. Sitzung am 12. Dezember 2002, Seite 783 f. nachlesen.

Die wichtigsten Probleme will ich noch einmal kurz nennen:

- Wunsch der betroffenen Kommunen (18. November 2002),
- erwartete wirtschaftliche Aufschwung durch touristische Nutzung wird sich nicht einstellen,
- Bundeswehr ist erheblicher wirtschaftlicher Faktor für die Kommunen,
- Munitionsräumung kann aus finanzieller und ökologischer Sicht sowie aus Kapazitätsgründen (2002: 3 800 to) nicht wie geplant durchgeführt werden,
- aus Sicherheitserwägungen: keine Freigabe für Öffentlichkeit,
- Lagerbestand stößt an sprengstoff- und emissionschutzrechtliche Grenzen (zwischenzeitlich 6 000 to) - Sicherheitsgefährdung.

Aber auch für die Bundeswehr wäre die weitere militärische Nutzung des Südteils der Heide wünschenswert. Das sich auf dem Übungsplatzgelände befindende Gefechtsübungszentrum Herr (GÜZ) ist die modernste Einrichtung ihrer Art in Deutschland. Immer mehr Verbände nutzen das GÜZ für ihre Übungen. Der Bedarf ist also vorhanden.

Die Nutzung durch die Bundeswehr hätte auch den Vorteil, dass der Umweltschutz in diesem Bereich auch tatsächlich gewährleistet bleibt.

Von daher bin ich dankbar, dass die Landesregierung diese Problematik erkannt hat und dem Innenministerium am 11. November dieses Jahres aufgab, über eine Verlängerung bzw. Aufhebung des so genannten Heidekompromisses mit dem Bund zu verhandeln. Wir begrüßen diese Initiative, die hoffentlich dazu führen wird, dass die Bundeswehr auch über das Jahr 2006 hinaus den Südteil des Truppenübungsplatzes „ALTMARK“ nutzen wird.

Selbstverständlich erwarten wir, dass das Innenministerium den Innenausschuss zu gegebenem Zeitpunkt über den Stand der Verhandlungen informiert.

Werte Kollegen von der PDS-Fraktion, ich glaube dass deutlich geworden ist, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden und dass wir ihn auch nicht mit Änderungen für uns zustimmungsfähig hinbekommen. Kurz gesagt: Sie wollen keine Bundeswehr und wir wollen Bundeswehr. Deshalb liegt dem Plenum unser Alternativantrag vor, dem ich im Namen unserer Fraktion bitte zuzustimmen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Nun bitte noch einmal Herr Czeke.

Herr Czeke (PDS):

Trotz der fortgeschrittenen Zeit kann ich es Ihnen nicht ersparen. (Zurufe von der CDU)

Fakt ist eines: Wenn eine Verdachtsfläche wie Hillersleben privat veräußert wurde - - Diejenigen, die die Sendung des MDR am 22. Oktober, die ich vorhin angesprochen habe, gesehen haben, (Zuruf von der CDU: Keine Zeit!) wissen, dass ausgerechnet in Hillersleben die Bunkeranlagen des Westwalles nachgestellt und erprobt wurden. Dieses Gebiet ist privat veräußert worden. Welches Gefahrenpotenzial von diesem Teil ausgeht, wissen wirklich nur die Fachleute.

Herr Kosmehl, ich kann nicht nachvollziehen, wenn Sie - - Der Antrag ist eindeutig geschrieben. Sie können nicht wissen, dass wir uns in diesem Hohen Haus schon mehrfach mit der Munitionsbergung beschäftigt haben, die - bis zum Jahr 2006 durch den Bund zu erledigen - der faktisch wichtigste Teil ist. (Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wenn dann von einer Beräumungstiefe von ca. 1,50 m zurückgegangen wurde - es hieß dann im umgangssprachlichen Gebrauch auf Spatentiefe, sprich 20 cm -, dann birgt das immer noch ein Gefährdungspotenzial.

Herr Minister, für mich ist es dann eigentlich egal, ob das Opfer eine Uniform trägt oder eine Zivilperson ist. Es ist ein Menschenleben, das dann zu beklagen ist wegen der Nichterfüllung der Vereinbarung, die der Bund eingegangen ist. Ich habe das an dieser Stelle schon einmal anschaulich gemacht: Wenn das in 20 cm Tiefe liegt und nur ein Radfahrzeug darüber fährt, dann liegt es an der Oberfläche. Dann reicht die Berührung eines Kindes, um es, wenn es noch scharf ist, zur Explosion zu bringen. Ich habe damals einmal ganz zynisch gesagt: Es wird wahrscheinlich erst etwas passieren, wenn ein Sohn von einem hochrangigen Militär dort tätig wird und dem eines oder sogar beide Beine weggerissen werden. Dann würde die Bundeswehr - ich meine das im abstrakten Sinne - garantiert aktiver werden. (Herr El-Khalil, CDU: Unverschämt!)
- Das ist nicht unverschämt; (Frau Weiß, CDU: Unverschämt ist aber Ihre Methode!) denn ich sage einmal: Das, was Herr Kosmehl als Presstexte herausgegeben hat, könnte ich nach dem Austausch von zwei bis drei Vokabeln (Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU) auch als einen Presstext von vor 50 Jahren hinlegen. Das funktioniert absolut nicht. Ich kann beim Begriff der Nachhaltigkeit nur daran appellieren: Wir müssen nicht internationale Anerkennung auf militärischem Gebiet erringen. Das machen wir dann mit dem größten Teil der Heide sowieso.

Diese rund 3 500 ha zivile Nutzungsfläche, denke ich, müssten dann auch zivil geführt werden. Wir müssen uns einmal die Spirale vorstellen, die wir in Gang setzen. Waffensysteme, wie wir sie haben und erproben, wecken Begehrlichkeiten bei anderen Staaten. Das bringt die Rüstung in Gang. Das nähert Terrorismus. Das nähert Gewalt. (Oh! bei der CDU)

Immer weiter in Übung sein. Das ist doch das Szenario. (Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Ich mache mich jetzt nicht darüber lustig, dass - vonseiten des Ministeriums und des Kollegen Daehre ist es auch noch einmal bestätigt worden - ausgerechnet am 11. November der Innenminister dieses Landes damit beauftragt wurde. (Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Die Sache ist viel zu ernst. Herr Becker, Sie haben tatsächlich von einer oberflächlichen Beräumung gesprochen. Meinen Sie damit jetzt: Oberfläche im Sinne von Tiefe oder im Sinne des Verfahrens? (Zuruf von der CDU: Von Tiefe!)

Ich gehe nämlich davon aus, dass das Verfahren oberflächlich ist, wenn man nur bis in eine Tiefe von 20 cm räumt. Lassen Sie uns endlich umdenken, umsteuern, Natur und Umweltschutz tatsächlich praktizieren nach dem Leitmotto: Wir haben uns diese unsere Welt nur von unseren Nachfahren geliehen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Czeke, möchte Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Daehre beantworten?

Herr Czeke (PDS):

Ja, im Anschluss.

Ich kann Ihnen das Bibelzitat nicht ersparen. Herr Kollege Daehre, vielleicht hören Sie sich das vorher noch an. Es gibt ein Gebot: Du sollst nicht töten.

Im militärisch genutzten Teil wird töten gelehrt und gelernt. (Unruhe bei der CDU)

Jetzt bin ich gern bereit, wenn ich es kann, Ihre Frage zu beantworten. (Beifall bei der PDS - Unruhe bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Das ist Wehrkundeunterricht!)

Herr Dr. Daehre (CDU):

Herr Czeke, gerade der letzte Satz. Ich gehöre zu denen, die konfirmiert sind und auch zu DDR-Zeiten die Bibel gelesen haben. Also vorsichtig mit solchen Äußerungen und dem Versuch, mir das Gebot beizubringen, das heißt: Du sollst nicht töten. Da fällt mir noch ganz etwas anderes ein, wenn ich die zehn Gebote lese. - Aber das einmal beiseite, denke ich, weil wir uns auch kollegial kennen.

Ich habe mich nur deshalb gemeldet, und deshalb die Frage: Das Kabinett wird immer wieder tagen, auch wenn der Dienstag zufälligerweise auf den 11. November fällt. Deshalb werden wir nicht Tagesordnung ändern, weil es um die Sache geht. Ich habe die herzliche Bitte und hoffe, dass wir darin übereinstimmen, dass nicht die Diskussion in die Richtung geführt wird, dass wir uns mit diesem ernsthaften Thema am 11. November beschäftigt haben. (Zurufe von der PDS)

Hierbei ist Ernsthaftigkeit angesagt, und ich hoffe, dass wir darin übereinstimmen. (Beifall bei der CDU)

Herr Czeke (PDS):

Herr Kollege, darauf können Sie sich verlassen. Die Ernsthaftigkeit habe ich damit auch bestätigt. Dass das mit dem 11. November garantiert kein Karnevalscherz ist, zeigt auch der Antrag, in dem wir mit der Geschichte sehr ernsthaft umgehen und nicht mit Menschenleben spielen und jetzt einmal wieder die militärische Nutzung hineinmogeln.

Falls ich Ihnen erwidern darf: Ich bin zwar nur katholisch gefirmt, aber die ich kenne die Gebote tatsächlich auch. (Unruhe bei der CDU - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Czeke, möchten Sie noch eine Frage von Herrn Krause beantworten?

Herr Czeke (PDS):

Gut.

Herr Krause (PDS):

Herr Czeke, wir haben alle so ganz nebenbei etwas zur Kenntnis genommen, bei dem wir, glaube ich, eigentlich nachdenklich werden müssten. Wenn es stimmt, dass die Liegenschaft in Hillersleben an eine Privatperson veräußert wurde, wäre es dann in einer Zeit, in der sich die Bundeswehr Gedanken macht über die Ausdehnung im südlichen Teil, nicht vielleicht notwendig, darüber nachzudenken, ob das eventuell ein Fall für den Bundesrechnungshof sein könnte? (Zurufe von der CDU)

Herr Czeke (PDS):

Die Frage ist, wer es verkauft hat. War es die Bundeswehr, der Bund selbst oder die BVVG? Das ist durchaus zu hinterfragen. Diesbezüglich gebe ich Ihnen garantiert so Recht. Es entzieht sich aber meiner Kenntnis. Aber ich gehe davon, dass wir das auch hinterfragen werden.

Alle Kollegen kann ich einladen? Am 7. Dezember 2003 ist der 125. Friedensweg in die Colbitz-Letzlinger Heide. Herr Kosmehl, ganz besonders lade ich Sie dazu ein. Wir können gemeinsam durch Feld, Wald und Flur in der Heide streifen. Ich zeige Ihnen dort einmal ein paar Ecken, sage ich einmal, die wir regelmäßig am ersten Sonntag im Monat begehen. (Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Czeke. - Damit ist die Debatte beendet.

Wir stimmen zunächst über den Antrag auf Überweisung der beiden Anträge in den Ausschuss für Inneres ab. Wer stimmt diesem Überweisungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Das ist die Mehrheit der Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Nun stimmen wir ab über den Antrag der PDS-Fraktion Drs. 4/1155. Wer stimmt zu? - Das ist die PDS-Fraktion und weite Teile der SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Folglich können wir nun über den Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/1183 abstimmen. Wer stimmt zu? - Das sind die Antragsteller. Wer stimmt dagegen? - Das sind die beiden anderen Fraktionen. Damit ist der Alternativantrag mehrheitlich beschlossen worden. Tagesordnungspunkt 26 ist beendet.